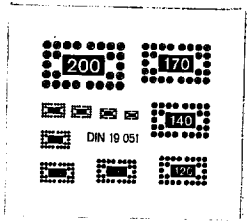


Materialien zur Programmdiskussion

# GRUNDWERTEKOMMISSION BEIM PARTEIVORSTAND DER SPD

# Der Globalisierung ein europäisches Gesicht geben

Wolfgang Thierse:
Die Grundwerte der Sozialdemokratie.
Ihre europäische Verankerung und Perspektive

Detlev Albers und Hermann Schwengel:
Europäische Globalisierung und Sozialdemokratie

C01 - 01245

Berlin, im November 2000

SPD

C01-01245

Wolfgang Thierse:

# Die Grundwerte der Sozialdemokratie. Ihre europäische Verankerung und Perspektive

Wolfgang Thierse

# Die Grundwerte der Sozialdemokratie: Ihre europäische Verankerung und Perspektive

Die aktuelle Programmdiskussion der SPD steht nach dem Beschluss des Parteitages vom Dezember 1999 unter einer einzigen inhaltlichen Vorgabe: Die Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität sollen „Maßstab und leitende Prinzipien" sozialdemokratischer Politik bleiben.

Das heißt allerdings nicht mehr und nicht weniger, als eine Antwort darauf zu geben, wie angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts das sozialdemokratische Projekt weitergeführt werden kann: eine menschenwürdige Gesellschaft mit den Mitteln demokratischer Politik zu verwirklichen. Das ist unsere Antwort auf die Alternative, die gelegentlich mit den Begriffen „Marktgesellschaft" oder „Zivilgesellschaft" bezeichnet wird. Wir wollen am Primat der Politik festhalten, am Letztentscheidungsrecht der Bürgerinnen und Bürger über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Mit anderen Worten: Hier handelt es sich um die Demokratiefrage der Zukunft. Übrigens war das seit den Anfängen der Arbeiterbewegung so, als die soziale und die demokratische Frage schon einmal unter den Bedingungen eines globalen Kapitalismus aufs engste verbunden waren.

Die geschichtlichen Erfahrungen der Sozialdemokratie brauchen wir also nicht auszublenden. Die zurückliegende Epoche, die Ralf Dahrendorf einmal das „sozialdemokratische Zeitalter" nannte, war geradezu gekennzeichnet vom Wirken der Ideen und Erfolg der Konzepte sozialdemokratischer Politik. Der Geist der Solidarität, der die Anfänge der Arbeiterbewegung prägte, konnte schließlich in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zur allgemeinen politischen Norm, zur Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialstaatlicher Verantwortung werden. Sozialer Zusammenhalt, wachsende Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit waren Erfolge, die sich bei uns vor allem mit der Periode des Godesberger Programms verbinden. Es war der Weg der schrittweisen Verwirklichung der Grundwerte in einer Epoche anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums im Zeichen Sozialer Marktwirtschaft.

Schon das Berliner Programm von 1989 sah eine andere Welt heraufziehen. Das tief sitzende Vertrauen in allgemeinen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und die daraus abgeleitete Fähigkeit, soziale Probleme zu lösen, wurden von einem Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums" abgelöst. Globale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit bildeten angesichts der Endlichkeit natürlicher Ressourcen und der weltweiten Ungleichverteilung von Lebenschancen die Herausforderungen, die damals in die sozialdemokratische Programmatik eingingen. Dabei wird es auch künftig bleiben.

Das Ende der Systemkonfrontation hat erneut Hoffnungen auf eine friedliche, durch Demokratie und Fortschritt geprägte Zukunft geweckt. Ein Jahrzehnt später zeichnen sich neben neuen Chancen aber auch neue Risiken ab. Der beschleunigte technische Wandel, mit

dem eine immer stärkere Globalisierung der wirtschaftlichen Prozesse und des kulturellen Austauschs einhergeht, brachte enorme Produktivitätsfortschritte und Wohlstandsgewinne in Teilen der Gesellschaft und der Welt. Die Kehrseite dieses Fortschritts erleben wir in Form struktureller Arbeitslosigkeit und neuer Phänomene sozialer Ausgrenzung. Die soziale Frage kehrte im neuen Gewand in die modernen westlichen Gesellschaften zurück.

Das Berliner Grundsatzprogramm der SPD ist von diesen Fragen schon geprägt: Im Abschnitt „Die Welt, in der wir leben" (II.2) heißt es: „Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen scheint unaufhaltsam, der weltweite Wettlauf um Märkte und knappe Hilfsquellen unvermeidlich zu sein. In immer kürzerer Zeit bewegen sich Kapitalströme um den Erdball. Gigantische multinationale Konzerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demokratische Kontrollen und erzwingen politische Entscheidungen." Diese Entwicklung hat sich im Zeitalter der globalen Unternehmensfusionen und Finanzmärkte noch weiter verstärkt. Der „begrenzte nationale Handlungsspielraum", von dem das Berliner Programm schon spricht, ist mit der Forderung nach dem Zusammenschluss „regionaler Gemeinschaften" nicht allein mehr zu ersetzen. Heute erfordern elektronische Vernetzung, immer stärker deregulierte Märkte von Kapital und Arbeit, Klimaveränderungen und sich abzeichnende Ressourcenknappheit globale Regeln und Vereinbarungen. Die globale Dimension wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs verlangt Institutionen politischen Handelns, die zwischen lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene vermitteln können.

Die europäische Dimension, die im letzten Jahrzehnt stärker als je zuvor in das Blickfeld der Politik rückte, ist eine notwendige Antwort auf die Herausforderungen des gegenwärtigen Globalisierungsschubs. Die Zukunft sozialer Demokratie wird sich nämlich auch aus historischen Gründen an der Zukunft Europas entscheiden. Ein Markenzeichen des europäischen Weges allgemeiner Teilhabe am wirtschaftlichem Erfolg ist seine sozialstaatliche Tradition und Verfassungswirklichkeit. Der europäische Verfassungsstaat war in seiner Ausprägung als sozialer Rechtsstaat schon einmal eine Antwort auf eine frühere Periode der Globalisierung. Er hat verschiedene Erfahrungen und Modelle hervorgebracht, um mit den Optionen und Risiken von Globalisierung umzugehen. Deshalb braucht der Sozialstaat als ein Merkmal europäischer Zivilisation nicht zu verschwinden. Er wird stärker durch europäische Angleichung geprägt werden müssen. Die Strategie dieser Angleichung muss aber nicht Abbau, sondern Umbau sein.

Bis 1990 waren wachsender Wohlstand und die Überwindung der inneren Grenzen das Markenzeichen einer beispiellosen Entwicklung Westeuropas. Die Europäische Gemeinschaft hat auf die Veränderungen der letzten Jahre mit der Vollendung des Binnenmarktes und der Schaffung einer gemeinsamen Währung geantwortet. Sie handelte in Maastricht wie in Amsterdam im Rahmen einer Agenda, die die ökonomische Globalisierung vorgegeben hatte: die funktionale Anpassung Europas an die Erfordernisse des globalen Wettbewerbs. Bei der sozialen Ausgestaltung und der Harmonisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen versagte bislang die Kraft, die Jacques Delors unermüdlich einforderte. Aber ohne soziale Standards und Angleichung der inneren Wettbewerbsbedingungen lassen sich die neuen sozialen Fragen, inbesondere die Beschäftigungskrise, nicht lösen. Dabei wird es verschiedene, einerseits europaweite, andererseits in den Ländern zu entwickelnde Lösungen geben müssen. Gerade der Reichtum an Erfahrungen, die durch unterschiedliche Traditionen vor-





gegebene Verschiedenheit wird neue und effektive Instrumente der Problemlösung hervorbringen, die der gesellschaftlichen Differenzierung angemessen sind.

Die Erfindung des Sozialstaates war eine europäische Zivilisationsleistung, nicht nur um der Solidarität, sondern um der Freiheit und Gerechtigkeit willen. Eine gerechte Ordnung, die sich auf die freie Entfaltung der Menschen und solidarische Strukturen stützt, wird auch eine europäische Aufgabe des 21. Jahrhunderts sein. Wie können gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen garantiert werden, wenn der Wert einer Leistung immer stärker durch Märkten bestimmt wird, die ohne Bezug zu dem jeweiligen gesellschaftlichen Lebenszusammenhang sind? Leistungsgerechte Entlohnung und der Schutz der gering qualifizierten, älteren und gesundheitlich beeinträchtigten Menschen setzen anerkannte Normen voraus, soziale und „industrielle" Rechte. „Flexibilisierung", die Zumutung wechselnder Anforderungen, Risiken und Chancen im Berufsleben, erfordert geradezu flankierend Bereiche der Sicherheit und Verlässlichkeit im Leben des Einzelnen. Deshalb wage ich zu behaupten, dass Anforderungen größerer Mobilität und Flexibilität dem Sozialstaat als Garanten sozialer Sicherheit eine neue Bedeutung verschaffen. Und zwar nicht als bürokratisches Monster, sondern als Organisationsform allgemeiner gesellschaftlicher Wertbeziehungen im ökonomischen Wandel.

Als Grundwerte einer menschenwürdigen Gesellschaft haben sich in Europa seit der Erklärung der Menschenrechte der Französischen Revolution bis zur neuen „Charta der Grundrechte der Europäischen Union" Freiheit, Gleichheit und Solidarität durchgesetzt. Es sind dies Prinzipien, die nicht nur europäische, sondern universale Anerkennung genießen. Europäische Grundwerte sind also nicht exklusiv, an den europäischen Raum gebunden.

Was berechtigt uns trotzdem, von europäischen Werten zu sprechen? Werte bündeln Erfahrungen und Erwartungen. Im Unterschied zum Recht geht es nicht zuerst um Geltung, sondern um Anerkennung. Grundwerte orientieren gesellschaftliches und politisches Handeln, dessen Richtung und Ziel, also einen Prozess in der Zeit. Europa existiert demnach nicht nur irgendwo zwischen Orient und Okzident, sondern entwirft sich zu jeder Zeit neu. Wenn die Frage nach den europäischen Werten europäische Identität bestimmt, fängt „Europa" nicht mit Grenzziehungen an. Bedeutung gewinnt der Begriff „Europa" in einem Entwurf, der Herkunft und Zukunft verbindet. Edgar Morin hat es einmal auf die Formel gebracht: „Europa muss erst werden." Die einzigen gemeinsamen Vorgaben, die für dieses Projekt vor dem Hintergrund europäischer Geschichte und den Herausforderungen der Welt zu Verfügung stehen, sind letztlich diese gemeinsamen Werte. Schon 1989 war für die mittel- und osteuropäischen Völker das Motto „Rückkehr nach Europa" mehr als eine Sympathiekundgebung. Es war eine Zumutung, bei der es nicht etwa nur um den Zugang zu harter Währung, sondern um die Zugehörigkeit zur Wertegemeinschaft Europas ging.

Ein halbes Jahrhundert nach seinem Beginn steht das Projekt Europa vor seiner vermutlich größten Bewährungsprobe. Die gesamteuropäische Integration stellt zwei große Aufgaben wieder in den Mittelpunkt: die Zukunft von Frieden und Demokratie in Europa.

Frieden war das Grundmotiv der europäische Einigung. Der europäische Integrationsprozess war von Anfang an die Antwort auf die bittere historische Lektion von Kriegen ge-

wesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als Zerstörung, menschliches Elend und wirtschaftlicher Ruin den Kontinent prägten, waren es Europäer wie Jean Monnet, denen es um eine praktische Basis für eine europäische Friedensordnung ging: durch ökonomische Verflechtung die Fähigkeit zur Kriegsführung gegeneinander zu beenden. Die Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verpflichteten die deutsche Politik ausdrücklich auf zwei Ziele: dem Frieden zu dienen und die Einigung Europas zu befördern. Friedensfähigkeit war Voraussetzung und Ziel des europäischen Aussöhnungsprozesses. Gewaltverzicht und Gemeinsame Sicherheit waren die Schlüssel für die Überwindung der Ost-West-Konfrontation. Die Prinzipien der europäischen Entspannungspolitik mit ihrem Kernstück, der Helsinki-Schlussakte, von Sozialdemokraten wesentlich geprägt, ermöglichten das friedliche Ende der Ost-West-Teilung. Die vor genau zehn Jahren feierlich beschlossene „Charta von Paris" erhob Gewaltverzicht in die Qualität eines Grundgesetzes für Gesamteuropa.

Europa muss sich – das zeigten die Kriege auf dem Balkan – nun als umfassende Friedensordnung bewähren, um zu bestehen. Die Europäische Union ist als Zivilmacht konzipiert. Wenn sie dabei bleibt, ihre militärischen Kräfte auf Friedensbewahrung und Krisenbewältigung im Rahmen der Charta der UN beschränkt, wird sie Vertiefung und Erweiterung bewältigen, ihre Wirtschaftskraft im globalen Rahmen bewahren können. Das Konzept Zivilmacht Europa, dessen Kennzeichen Gewaltverzicht und Gemeinsame Sicherheit sind, könnte der „Königsweg für Europa" sein: „... indem es seine Schwäche zu seiner Stärke macht, indem es durch Verträge, durch kontrollierbare Bindungen, durch Zusammenarbeit, durch präventive Diplomatie eine Stabilität schafft" (Egon Bahr). Eine europäische Friedensordnung bedeutet, eine Kultur des Friedens zu schaffen, Toleranz und Ächtung von Gewalt, die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte zu verwirklichen.

Damit verbunden ist die Aufgabe Demokratie: Nur ein Zuwachs an demokratischer Legitimität und eine verbesserte Arbeitsteilung und Partizipation der verschiedenen Ebenen sichert die Akzeptanz für die Reformen, die für Zusammenhalt und Leistungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union erforderlich sind. Dem Angriff rechtspopulistischer und separatistischer Bewegungen kann auf Dauer nicht nur repressiv, sondern muss offensiv im Interesse stärkerer Identifikation und Beteiligung der Bürger geantwortet werden.

Die Größenordnung der Aufgaben, die mit der Osterweiterung bevorstehen, kommen einer Neugründung gleich. Die politischen Reformen erfordern daher eine Philosophie für das ganze Europa und Phantasie für neue Instrumente und Regeln. Das kann bedeuten, einen neuen Mix zentraler und dezentraler Zuständigkeiten zu entwickeln. Auf jeden Fall muss Europa den Reichtum seiner in den einzelnen Ländern beheimateten demokratischen Traditionen bewahren, demokratische Mitwirkung von diesen aus wirksam werden lassen. Europäische Handlungsfähigkeit verlangt also Verfahren, die die Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteure verbessern. Europas Legitimität und Souveränität kommt nämlich nicht aus sich selbst, sondern stützt sich auf lokal, regional oder national verankerte Kompetenzen und deren Teilhabe an europäischer Willensbildung.

Die Akzeptanz von Vielfalt gelingt nur auf der Basis gemeinsamer Werte. Die europäischen Werte, die sich im Verlauf der Moderne, durch bürgerliche Emanzipation, sozialistische Arbeiterbewegung und christliche Soziallehre entwickelt haben und mit den Grundwerten





Freiheit, Gleichheit und Solidarität in den Wertekanon der demokratischen Parteien Europas eingegangen sind, bedürfen der Ergänzung durch zivile Tugenden, um das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen zu ermöglichen.

Ein Anfang ist gemacht. Mit der europäischen Grundrechtscharta kristallisiert sich der Kern einer künftigen europäischen Verfassung heraus. Die „Würde des Menschen" ist die Grundlage der „Freiheiten", aus „Gleichheit" und „Solidarität" werden individuelle und soziale Rechte abgeleitet. Und ist etwas anderes in diesem Zusammenhang deutlich geworden: Der Grundrechte-Konvent, der die Charta vorlegte, war selbst ein Beispiel für einen gelungenen demokratischen und repräsentativen Willensbildungsprozess auf europäischer Ebene. Das ist ein Hoffnungszeichen. Eine gemeinsame Währung reicht nicht aus, um eine gesamteuropäische Zivilisation zu begründen. Grundwerte als Orientierungsrahmen sind unverzichtbar für den Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft, für die Legitimation ihrer Ordnung und für die Erzeugung von Loyalität.

Nun wird es einer weiteren europäischen Kraftanstrengung bedürfen, um der Globalisierung ein europäisches Gesicht zu geben. Dies wäre aus meiner Sicht ein sozialdemokratisches Projekt und eine programmatische Erneuerung wert. Die Programmdebatte der SPD muss hier unmittelbar anschließen. Deshalb widmet die Grundwertekommission ihr Augenmerk dieser wichtigen Dimension künftigen politischen Handelns. Globalisierung und Europäisierung sind zwei Seiten eines Prozesses. Nur in bewusster Aneignung der neuen Bedingungen und durch Präzisierung der strategischen Ziele und Instrumente der Politik kann es uns gelingen, im 21. Jahrhundert sozialdemokratische Politik erfolgreich zu betreiben.

Detlev Albers und Hermann Schwengel:

# Europäische Globalisierung und Sozialdemokratie

Detlev Albers, Bremen
Hermann Schwengel, Freiburg

# Europäische Globalisierung und Sozialdemokratie

Fassung im Anschluss an die Erörterung in der Grundwertekommission der SPD, Berlin, den 29. September 2000

**Vorbemerkung**

In der Grundwertekommission der SPD, aus deren Diskussionen dieser Aufsatz hervorging, gab es Bedenken gegen den Begriff der „europäischen Globalisierung". Man könne ihn allzu leicht als Anmaßung missverstehen, die Welt einmal mehr nach europäischem Muster bestimmen oder gar beherrschen zu wollen. Wir halten den Ausdruck dagegen aus einem zweifachen Grund für notwendig. Jede Gesellschaft und jede Zivilisation muss in ihrer eigenen Gestaltung der Globalisierung verallgemeinerungsfähige Angebote für die Welt machen, die im Kontext anderer Gesellschaften und Zivilisationen ebenfalls Gestaltungsoptionen eröffnen. Der Ausdruck zielt darauf ab, dass es neben der bislang dominierenden US-amerikanischen Globalisierung weitere Ausprägungen anderer Teile der Welt, darunter eben auch europäische Globalisierung, geben kann und muss. Und er fasst Kernelemente der Gegenwart zusammen, die programmatische Antworten der Sozialdemokratie verlangen. Im Übrigen sind wir davon überzeugt, dass die befürchtete Lesart des Begriffs vom Text selbst her ausgeschlossen ist.

## 1. Der Sinn von Parteiprogrammen im 21. Jahrhundert

Neue Grundsatzprogramme sind in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie immer dann entstanden, wenn sich in der Partei die Überzeugung durchsetzte, dass mit den vorhandenen überhaupt nicht mehr sinnvoll auszukommen sei. Das war aus guten Gründen niemals ein leichter Beschluss; oft verhalfen ihm erst schwere politische Niederlagen zum Durchbruch. Dann wieder nötigten einen die neuen Verhältnisse, auf die man sich einzulassen hatte, zu so weitreichenden Umstellungen, dass man die Aufgabe jahrelang unerledigt vor sich herschob. Entgegen stand vielfach die unheilige Allianz zwischen jenen, die von solchen Programmen ohnehin nicht viel hielten, und jenen, die von der Neuformulierung zu große Anpassung an den Zeitgeist befürchteten.

Wer dagegen auf die Ausarbeitung eines neuen Programms setzte, hatte gleich zweifacher Skepsis zu begegnen: Den Pragmatikern war der Nutzen wirklich zukunftstauglicher Programmatik erst einmal zu beweisen, den Traditionalisten galt es, die Besorgnis vor leichtfertiger Preisgabe von Grundpositionen und Prinzipien der Partei zu nehmen. Erst wo es ge-

lang, beide Einwände zu entkräften, konnte aus modischer Modernisierung Erneuerung werden. Und eben dies war kaum jemals im Vorhinein ausgemacht

Was also trennt uns, gerade einmal zehn Jahre nach dem Berliner Grundsatzprogramm, beschlossen im Dezember 1989, von den dort formulierten Einsichten? Ist jener Abstand ähnlich gewichtig wie der zwischen dem Berliner und dem Godesberger Programm von 1959 oder ist er auch nur entfernt vergleichbar mit der Godesberger Differenz zum Heidelberger Programm der Weimarer Zeit und wiederum dessen Vorgängern von Erfurt und Gotha aus dem Kaiserreich? Wir glauben, dass im zurückliegenden Jahrzehnt tatsächlich ein so tief greifender Wandel von Gesellschaft, Ökonomie und Politik eingetreten ist, wie er den oben erwähnten, zeitlich viel größeren Abständen entspricht.

Dies zu belegen, griffe der Hinweis auf Leerstellen des Berliner Programms zu kurz wie etwa darauf, dass ihm Schlüsselereignisse unserer Gegenwart wie das Internet oder der Euro noch unbekannt waren (und sein mussten). Auch die deutsche Vereinigung oder die Auflösung der Sowjetunion hätten (und haben) isoliert genommen noch nicht zur Ausarbeitung eines gänzlich neuen Programms genötigt. Ebenso wenig trüge es etwas aus, einmal mehr die Zahlenmagie der Jahrhundert- oder Jahrtausendwende zu bemühen, um daraus ein Argument für die Neuausrichtung der Parteiprogrammatik abzuleiten.

Stattdessen scheinen uns drei Problemfelder im Mittelpunkt zu stehen, um die sich die Grundfragen gesellschaftlichen Wandels in Gegenwart und Zukunft zentrieren. Weshalb es daher Sinn macht, ja sogar geboten ist, heute bereits von einer „anderen Zeit" zu sprechen. Zugleich aber hat sich die eigentliche Programmarbeit daran zu qualifizieren, jedem dieser Bereiche ihre spezifisch sozialdemokratische Lösungsperspektive abzugewinnen. Weil nur so die „neue Zeit" mit uns ziehen wird, den anderen Verhältnissen ein neues Programm gegenübertreten kann.

Der erste Bereich umfasst all das, was sich in eben diesem Zeitraum mit der Herausbildung einer „neuen" Wirtschaft umreißen lässt. Der informationsindustrielle Kapitalismus durchdringt alle gesellschaftlichen Lebensbereiche, indem Information und Wissen allen Produktions- und Verbrauchs-, Verteilungs- und Austauschprozessen Form geben, aber Information und Wissen zugleich auch industrialisiert werden. Die „Megamaschine Wissen" setzt sich in einer Weise durch, wie Marx einst den historischen Durchbruch des industriellen Kapitalismus beschrieben hat. Als offener und dynamischer Prozess, der aber auch zu verfassen und zu gestalten ist, kann Globalisierung als nicht mehr umkehrbare Rahmenbedingung unserer Zeit gelten. Von alltäglichen Veränderungen der Kommunikation bis zur lärmenden Inthronisierung einer neuen Ökonomie, vom elektronischen Handel bis zum Cyberspace reichen diese Veränderungen.

Wenden wir diese Feststellung zunächst einmal ins Staatlich-Institutionelle, wird sofort klar, dass hieraus unvergleichlich schneller als bislang erwartet eine ebenso unumkehrbare Aufwertung der Welt-Ebene bis hin zur Welt-Staatlichkeit folgen muss. Hans-Jochen Vogel hatte dies kürzlich in seinen „Millenniumsgedanken" noch ziemlich weiträumig formuliert, wenn es bei ihm heißt: „Für das nächste Jahrtausend sehe ich die wichtigste Aufgabe darin, handlungsfähige Weltinstitutionen zu schaffen und den Krieg als Mittel der Streitentscheidung ein für allemal zu ächten". Otfried Höffe untermauert das sehr viel gegenwartsbezogener mit seiner Formel von der „subsidiären und föderalen Weltrepublik". Für sie macht er hier und jetzt „von der Wirtschaft über Wissenschaft, Medizin und Technik bis zur Kultur und von Völkerwanderungen über Umweltprobleme bis zu Terrorismus und organisierter Kriminalität" einen weltweiten Handlungsbedarf aus (Höffe, 9). Jedes künftige Grundsatzprogramm wird diesen Fragen einen zentralen Platz zuzuweisen haben.





In einem neuen Programm braucht vor allem die Beantwortung der europäischen Frage – das ist der zweite Bereich – eine neue konzeptuelle Antwort. Auch hier liegt die Differenz des Berliner Programms zu dem, worauf es heute und morgen ankommt, nicht primär darin, was dort noch fehlt: beispielsweise die Abschätzung des gesellschaftlichen Integrations- und Nivellierungsschubs, der aus der gemeinsamen Währung folgt, oder die Osterweiterung der EU, deren Größenordnung an eine regelrechte Neugründung heranreicht. Gefordert ist vielmehr ein Paradigmenwechsel. Nicht mehr der einzelne souveräne und legitime Nationalstaat, welche vor-staatlichen und globalen Institutionen ihn auch immer umgeben, ist Inbegriff des Politischen. Stattdessen wird die historisch und völkerrechtlich neue Union europäischer Staaten, deren Souveränität und Legitimität auf der Vermittlung zwischen lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene beruht, zur zentralen Instanz von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das in den national- und sozialstaatlichen Institutionen verkörperte demokratische Gedächtnis gewinnt in diesem Prozess der Souveränität- und Legitimitätsverschiebung noch an Bedeutung, weil es die Maßstäbe für eine europäische Teilhabegesellschaft, europäische Mitbestimmung und europäische Bürgergesellschaft erhöht.

Natürlich werden die Mitgliedstaaten der EU fortbestehen, und zwar gerade im Falle der größeren unter ihnen, wie der Bundesrepublik, mit einem enormen europäischen und dadurch internationalen Gewicht. Nur ändert das nichts am Prinzip der Umlenkung auf indirekte Einflussnahme, an der mehr und mehr geteilten Souveränität. Deutschland kommen dabei gewiss die föderalen Strukturen des Grundgesetzes zugute. Gegenüber Nachbarländern, die aus zentralistischen Staatstraditionen hervorgegangen sind, verschafft das manchen Vorsprung bei inneren Regionalisierungsprozessen. In Sachen Europa kann der kooperative Föderalismus Bonner oder Berliner Prägung jedoch nicht mehr als eine methodische Vorübung beisteuern. Die eigentliche Bewährungsprobe der Europäisierung zeichnet sich eben erst in Umrissen ab. Von Wirtschaft und Währung, über alle Felder der Zivilisation bis hin zur Arena der gesellschaftlichen und politischen Akteure ist der vorrangige Aufbau europäischer Handlungsfähigkeit verlangt. Es gilt, nicht der Globalisierung entkommen zu wollen, sondern sie europäisch zu verfassen. Das verlangt Eigenständigkeit gegenüber Made in USA und seinem weltzivilisatorischen Anspruch, aber es schließt ebenso selbstverständlich, einem großen Gedanken schon des Heidelberger Programms folgend, die „Interessensolidarität mit den Völkern aller Kontinente" ein.

Der dritte Bereich, dem sich jedes sozialdemokratische Programm des 21. Jahrhunderts mit neuem Elan stellen muss, hat all jene Fragen zum Gegenstand, aus denen die Arbeiterbewegung im Laufe der beiden zurückliegenden Jahrhunderte entstand. Sie machen im engsten Sinne die Hausaufgabe des Programms aus, mag sich ihre Bezeichnung und Intention auch im Lauf der Zeiten entscheidend verändern. Sozialisierung, Ende der Ausbeutung, klassenlose Gesellschaft bildeten die erste, ebenso einfache wie faszinierende Antwort

auf das Elend der „sozialen Frage" im 19. und 20. Jahrhundert. Ihr sind die Programme von Gotha bis Heidelberg verpflichtet. Erst Godesberg vollzieht das Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft": übrigens nicht ohne deren gesellschaftliche und politische Kontrolle unmissverständlich einzufordern. Nur so könne man den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Geltung verschaffen. Das Berliner Programm unterstreicht nachdrücklich den Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft und hebt dabei die Interessen von Umwelt und Nachwelt besonders hervor. Die Wirtschaftsdemokratie wird als zentrale sozialdemokratische Leitvorstellung präsentiert.

Was bleibt danach für die künftige Programmatik zu tun? Es geht darum, die Grundidee demokratisch verantworteten Wirtschaftens in eine zukunftstaugliche Fassung zu bringen. Wobei wenig Phantasie zu der Aussage gehört, dass es ohne eine solche Antwort, ohne eine Vision sozialer Gerechtigkeit unter den Bedingungen von Globalität, Welt-Staatlichkeit und Europäisierung weder in der Bundesrepublik noch in der EU ein sozialdemokratisches Programm auf der Höhe der Zeit geben wird.

## 2. Globalisierung – subsidiäre und föderale Weltrepublik

Globalisierung ist ein weltgeschichtlicher Prozess, dessen Charakter noch nicht festgelegt ist, sondern in Wettbewerb, Konflikt und Konsensus sich erst herausbildet. Zunächst sieht es so aus, als ob Globalisierung die eine und einzige, alles niederreißende Kraft sei. Tatsächlich existiert Globalisierung nur im Plural, ist durch eine Reihe verschiedener widersprüchlicher und offener Entwicklungen gekennzeichnet, deren Verfassung und Resultat noch ausstehen. Zunächst scheinen die schnelle globale Verflechtung und Vernetzung von Kapital und Technologie, Information und Medien die einzelnen Staaten und Gesellschaften zu entmachten, die für Anpassung und Gestaltung sehr viel mehr Zeit brauchen. Tatsächlich ist Globalisierung auf Verfassung, Regelbildung und Verankerung im Bewusstsein der Individuen, Gruppen und Völker angewiesen, um nachhaltig wirken zu können. Trends determinieren noch keine zukünftige Wirklichkeit, sondern sind mit Gegenbewegungen verbunden. So provoziert Globalisierung geradezu gesteigerte Regionalität und Lokalität, schließt die scheinbare Homogenisierung der Welt Fragmentierung und die Betonung von Unterschieden ein und wird der epochale Einschnitt unserer Globalisierung von früheren weltgesellschaftlichen Perioden relativiert. Wir können dabei an die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg mit der globalen Entwicklung von Transport, Kommunikation und Geld denken, an die weltgesellschaftlichen Perioden um 1800 mit amerikanischer und französischer Revolution, Industrialisierung und Aufklärung wie an die neuzeitliche Epoche der Entdeckung anderer Kontinente, der kopernikanischen Wende in der Sicht auf Welt, Mensch und Religion denken.

In jedem Falle ist Globalisierung nicht allein und womöglich nicht einmal in erster Linie die Expansion von Kapitalismus, Wettbewerb und Mobilität auf der einen und die Auflösung kultureller Dichte durch Informations-, Medien- und Biotechnologie auf der anderen Seite. Wie schon in älteren Prozessen der Modernisierung treten neben Mobilisierung und Differenzierung wiederum Partizipation und Konflikt, um die Chancen der Globalisierung zu nutzen und ihre Risiken zu begrenzen. Alle Anstrengungen, durch Regelsetzung die Dynamik der Globalisierung zu nutzen wie zu beherrschen, müssen sich perspektivisch bereits an der Norm der „subsidiären und föderativen" Weltrepublik bewähren, die von der Aufklärung





ihren Ausgang nimmt. Mit der Erfahrung bürgerlicher Emanzipation und solidarischer Arbeiterbewegung, christlicher Soziallehre und radikaler Verfreiheitlichung der Individuen werden Aufbau und demokratische Gestalt internationaler Institutionen und Organisationen, Netzwerke und Öffentlichkeit zur zentralen Aufgabe. Ein neuer globaler Sozialpakt ist erforderlich, der keine verlorenen Kontinente und verlorenen Jahrzehnte mehr erlaubt. Dabei geht es funktional um die Lösung grenzüberschreitender Probleme von der Ökologie bis zur Migration, um globale Investitionen in Bildung, Gesundheit und Kommunikation, um einen an Beschäftigung, Arbeitnehmerrechten und Armutsverringerung gemessenen Welthandel, um Konfliktprävention und Unterbindung oligarchischer Machtkonzentration in sich entwickelnden Ökonomien und Gesellschaften. Territorial müssen sich die Institutionen den „neuronalen Netzwerken" (Gert Keil) von Ökonomie und Gesellschaft wie den feinen lokalen, regionalen, nationalen und kontinentalen Gliederungen der Welt anpassen, um sie gestalten zu können. Die Demokratisierung von IWF, Weltbank und WTO tritt dann neben ihre regionale Differenzierung. Die Schaffung sehr spezifischer task forces für die Lösung zugespitzter globaler Probleme bei Gesundheit, Wasserversorgung oder Menschenrechten gehört ebenso dazu wie die Entwicklung globaler Zentralbanksysteme. Diese müssen an Geldwert wie Beschäftigung gleichermaßen gebunden sein, die die Beziehungen der großen Wirtschafts- und Gesellschaftsräume verfassen, globalen Finanzkrisen vorbeugen und nicht zuletzt verschiedene Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen. Immerhin fordert inzwischen selbst George Soros eine Weltzentralbank. Allerdings ist die schiere Zunahme von Regelungsdichte noch kein Fortschritt, auf die Vermittlung von Funktionalität und Territorialität, Demokratie und Lernprozess kommt es an.

Das mit dem Prozess der Globalisierung verbundene Interesse an transnationalen Institutionen, Organisationen und Medien darf aber nicht dazu verleiten, föderale Gliederung und Subsidiarität aus den Augen zu verliegen. Wann immer Entscheidung auf einer unteren Ebene möglich ist, ohne das Regelwerk im Ganzen zu verletzen, ist ihr Vorrang einzuräumen. Wo immer räumliche Gliederung, funktionale Arbeits- und politische Gewaltenteilung durch föderative Strukturen gefördert werden kann, ohne ein historisch gewonnenes Niveau an individuellen Rechten, sozialem Ausgleich und kultureller Vielfalt zu gefährden, gilt es, diesen Aufbau zu unterstützen. Subsidiarität und Föderalismus gewinnen ihren Wert allerdings nicht allein aus sich heraus, sondern als Momente einer auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität gegründeten Weltrepublik, die mit den Prozessen der Globalisierung näher gerückt ist. Regionale Gliederung der Welt, wie sie in Asien und Lateinamerika wie schon zuvor in Europa begonnen hat, gilt es bewusst zu unterstützen, gegenüber den Weltmärkten zu stabilisieren. Das legt nicht zuletzt die Erfahrung der Asienkrise nahe, die absolute Abhängigkeit von krisenhaften Finanzmärkten und Renaissance des Nationalismus als zwei Seiten einer Medaille gezeigt hat. Die globalen regionalen Verbünde müssen sich wechselseitig stützen, um ihre Marktabhängigkeit zu begrenzen.

Wenn wir globale Institutionen, föderale Gliederung und das Prinzip der Subsidiarität betonen, gerät der nationale Verfassungs- und Sozialstaat, der gerade erst zur weltweiten Norm geworden ist, allzu leicht aus dem Blick. Nichts ist gefährlicher, als den Erfolg nationaler und sozialer Demokratien gegen die Notwendigkeit transnationaler globaler Regionen in Stellung zu bringen und umgekehrt, sie sind zwei Seiten derselben Medaille. Auf schwachen nationalen und sozialen Demokratien lässt sich keine prosperierende demokratische globale

Region aufbauen, aber der Nationalstaat ist auch nicht das letzte Wort der Geschichte. Bereits Entstehung und Durchsetzung von bürgerlichem Verfassungs- und sozialem Rechtsstaat sind nicht in erster Linie aus einzelnen Nationenbildungsprozessen zu verstehen, sondern gehören von Anfang an zu einem zunächst europäischen, dann westlichen und schließlich globalen System, ohne das ihre Souveränität und Legitimität nicht vorzustellen ist. Insoweit stößt der europäische Verfassungs- und Sozialstaat mit der Globalisierung nicht auf einen ihm fremden Sachverhalt, sondern kann historische Erfahrung mobilisieren, um angemessen mit den Optionen und Risiken unserer Globalisierung umzugehen. Schön früher hat er sich dabei in einem Maße verändern müssen, als ob er sich neu zu erfinden habe, wenn wir nur an die Welt vor und nach der Durchsetzung des europäischen Sozialstaates denken. Die Rede vom Verschwinden des nationalen Staates führt ebenso in die Irre wie seine Beschwörung als einziger Garant politischen und sozialen Zusammenhalts.

Ebenso wie der normative Hintergrund der aufklärerischen föderalen und subsidiären Weltrepublik gehört die kommunale und städtische Demokratie zum Wesen moderner Verfassung und Demokratie, zumal in Deutschland mit seiner starken Tradition kommunaler Selbstverwaltung. Die Zukunft der Stadt und urbaner Regionen ist ebenso wichtig wie die der Staaten und transnationalen Föderationen, weil in einer zunehmend verstädterten Welt keine globalen politischen Beziehungen mehr vorstellbar sind, die nicht im Leben der Städte vorgebildet sind. Stadtpolitische Kompetenz ist heute weltpolitische, manchmal weniger provinzialistisch gefährdet als die Zentren von Bürokratie und Management. Die Globalen Netzwerke der Städte tragen wie die vielfältigen NGOs dazu bei, die dezentrale Verarbeitung der Globalisierungserfahrung zu stärken.

Allerdings sind mit der Globalisierung tatsächlich massive Verschiebungen der territorialen Gewichte verbunden, sodass leicht der Eindruck entsteht, dass sozial- und kulturräumliche Beziehungen überhaupt ihre Bedeutung verlieren. Zwischen Staat und Welt hat die großräumige Verbindung von Kontinenten und Subkontinenten, Netzen großer Städte und hochtechnologischer Zentren an Bedeutung gewonnen. Zwischen Staat und Stadt haben historische und erfundene Regionen wirtschaftskulturelle Macht erlangt, die sie mit Industrialisierung und Staatsbildung zuweilen zu verlieren drohten. Zwischen Kommune und Welt bilden sich Erfahrungs-, Kommunikations- und Mobilitätsräume, die für Identität und Sesshaftigkeit der Individuen ebenso eine Herausforderung darstellen wie für die bisherigen zentralen Institutionen des Arbeitsmarktes.

Auf diese globale Herausforderung können nur konstitutionalistische Prozesse antworten, die die Reichweite der Arbeits- und Gewaltenteilungen zwischen den territorialen und funktionalen Zusammenhängen regeln, so wie mit nation building die Entstehung eines neuen Weltsystems verbunden war. Konstitutionalistische Prozesse sind zunächst verfassungsbildende, wie sie mit der Formulierung einer Grundrechtscharta verbunden sind. Darüber hinaus bilden sie typische Strukturen von Organisationen, Institutionen und Haushalten heraus, die nur sehr langsam wieder verändert werden. Schließlich schaffen konstitutionalistische Prozesse Erfahrungsgemeinschaften, orientierende Öffentlichkeiten und stabile Erwartungen in ihrem Geltungsraum, auch wenn dessen Grenzen noch nicht final festgelegt sind. Weder durch blanke soziale Interessenvertretung noch durch funkelnde europäische Ideen sind diese konstitutionalistischen Prozesse zu ersetzen, in denen breite Mehrheiten sich





gegenüber der Globalisierung wie ein Staatsvolk erfahren. Alle Souveränität geht vom Volk aus, alle Legitimität findet in ihm ihren Grund, aber es ist selbst keine unveränderliche Größe. Europa ist ein exemplarischer historischer Raum für konstitutionalistische Prozesse, obwohl oder weil imperiale Anmaßung, Ausbeutung und kulturelle Hybris auch von Europa ausgegangen sind. Nach einem globalen kategorischen Imperativ muss jede Zivilisation ihre Grundsätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Individuen auch in anderen Zivilisationen für sinnvoll halten, sofern sie in freier Abstimmung zustande kommen. Zwischen diesem Ideal und der empirischen Verschiedenheit der Zivilisationen, Staaten und Gesellschaften entsteht aber eine Spannung, die bereits zwischen aufklärerischer Weltrepublik, Freihandel und Weltkultur auf der einen und den entstehenden Nationalstaaten auf der anderen Seite bestand. Durch flexible Grenzbildung, Öffnung für neue Mitgliedschaft und Revisionsfähigkeit ihrer Regeln schaffen sich globale Zivilisationen aber die Chance, nicht in einen Kampf der Kulturen zu gleiten.

Für die europäische Zivilisation heißt das, Finalität und Grenze Europas so offen wie möglich zu halten, aber seine Verfassung so klar wie nötig festzulegen, um gegenüber der Globalisierung handlungsfähig zu werden. Viele Erwartungen, die an die föderative und subsidiäre Weltrepublik gerichtet sind, kann eine Union heterogener Nationalstaaten mit globaler Verantwortung erfüllen. Zwischen dem alten System europäischer Nationalstaaten und der föderativen und subsidiären Weltrepublik gibt es viele Chancen, demokratische Institutionen und Zivilisationen zu entwickeln. Bereits die Vereinigten Staaten von Amerika waren als „erste neue Nation" eine im Vergleich zu Europa postnationale Kommunikationsgemeinschaft, deren Verfassung der späteren und bis heute unabgeschlossenen nation building vorausging. Insoweit knüpft die europäische Zivilisation nicht nur an die eigene Geschichte an, sondern auch an die amerikanische Erfahrung und zunehmend an die anderer Zivilisationen und Kontinente an. Immer weniger lässt sich Europa aus sich selbst heraus verstehen. Je mehr aber sein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Modell offen zu definieren lernt, umso mehr können seine historischen konstitutionalistischen Fähigkeiten gegenüber der Globalisierung an Wert gewinnen.

## 3. Europäische Globalisierung

Wer sich die Globalisierung nicht nehmen und wirtschaftlichen und medialen Interessen überlassen will, kann gar nicht anders, als eine Globalisierung mit europäischem Gesicht zu entwerfen. In unserer Globalisierung nimmt Europa eine Schlüsselrolle ein wie zuvor die europäischen Nationalstaaten und dann die Vereinigten Staaten von Amerika. So wie nation building der Schlüssel für das neuzeitliche Weltsystem war so die Union europäischer Staaten, die den aufklärerischen Weltstaat in und an sich und mit anderen verwirklicht, für den Globalisierungsschub unserer Tage. Natürlich ist damit die zivile Herausforderung an die Vereinigten Staaten und ein Angebot für die sich formierenden Zivilisationen in Asien, Südamerika und Afrika verbunden. Es kann nicht nur ein europäisches Jahrzehnt, sondern ein europäisches Jahrhundert werden. Dabei muss Europa eine bewegliche Konstruktion bleiben: Das Europa einer europäischen Föderation, das Europa gesellschaftspolitisch handlungsfähiger Staaten, das Europa der Regionen, Städte und Gemeinden und das Europa der lernenden Netzwerke und Kommunikationsgemeinschaften bedarf stabiler Institutionen, aber keiner Vereinheitlichung. Zwischenschritte sind wichtig. Auf dem Weg von einer euro-

päischen Grundrechtecharta zu einer europäischen Verfassung ist tatsächlich die Bewegung das Ziel: Bürger- und Arbeitnehmerrechte müssen ausgeweitet werden, die Verantwortung von Städten, Ländern und Nationen klarer geteilt werden, ein Regime der Transparenz entstehen.

Es gibt eine Reihe von Globalisierungsprozessen, für die Europa zweifellos wichtig ist, die aber auf eigenen globalen Beinen stehen. So wird die Durchsetzung der Informations- und Biotechnologie gewiss der normbildenden Kraft eines aufgeklärten Europa bedürfen, aber die Reifung zur Kulturtechnik wird in Netzwerken, die die ganze Welt umfassen, vor sich gehen. Eine europäische Version des digitalen Kapitalismus entwickeln zu wollen kann nicht durch technologischen Separatismus gelingen. Nachhaltige ökologische Entwicklung der Welt erfordert gewiss von den Europäern, ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen, aber von der Auseinandersetzung mit knappem Wasser und Boden bis hin zur Erhaltung evolutionärer Artenvielfalt bleibt es ein globales Projekt, zu dem europäische Beiträge unabdingbar, aber nicht normbildend sein werden. Auf Europa kommt es allerdings an, wenn die Regelwerke entwickelt werden, in denen Entscheidungen über Nachhaltigkeit und Wettbewerb, die Erfüllung von Grundbedürfnissen und globale Verteilung zu treffen sind. Auf Europa kommt es auch an, wenn die Strukturen des globalen Bildungssektors festgelegt werden, die Wissensgesellschaft Konturen annimmt und die Normen erfolgreicher Bildungs-, Wissenschafts- und kommunikativer Infrastrukturpolitik formuliert werden. Gerade auf diesem Feld gilt es, von den Vereinigten Staaten zu lernen und zugleich europäische Differenz zu entwickeln.

Den Sozialstaat, der zum Kern der modernen europäischen Zivilisation zählt, nicht nur traditionalistisch zu verteidigen, könnte heißen: Wir müssen zwischen dem aktiven Sozialstaat, der Brücken zwischen verschiedenen Qualifikationsniveaus, zwischen Selbständigkeit und abhängiger Erwerbstätigkeit, zwischen Lebensphasen, Alter und Geschlecht baut, und dem aktivierenden liberalen Staat unterscheiden, der zwar die Individuen ermutigt und ermächtigt, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, den strukturellen Risiken aber untätig gegenübersteht. Überhaupt gilt es, auf verschiedenen Feldern europäische Lernkorridore zu entwickeln, auf denen die spezifischen Traditionen der europäischen Staaten und Gesellschaften zum Tragen kommen, aber vor einem gemeinsam definierten Zielhorizont, der nicht alles mit allem zu vergleichen zwingt, sondern europäische Lösungen konfiguriert. Auf diesem Lernkorridor werden die kleinräumigen, sozial differenzierten und auf Ausgleich orientierten intermediären Gewalten von Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern bis zu Universitäten und öffentlichen Medien ihre europäische Rolle zu erneuern haben. Nach der schnellen initiatorischen Phase der Globalisierung mit ihren Start-ups und Garagenunternehmen wird eine zweite Phase folgen, in der die europäischen Tugenden zum Tragen kommen können.

Die globale Stunde der europäischen Zivilisation schlägt noch. Deshalb ist es so wichtig, die europäische Union nicht nur als eine Zwischenstufe vor dem eigentlichen Ziel einer föderalen subsidiären Weltrepublik zu begreifen, sondern ihre normative Eigenständigkeit zu betonen. Europäische Sozial- und Wirtschaftsdemokratie greifen nicht allein der föderalen und der subsidiären Weltrepublik vor, sondern bringen Maßstäbe hervor, nach denen wir uns erst den Charakter einer solchen Weltrepublik vorstellen können. Zunächst gilt es, den europäischen Wirtschafts- und Währungsraum wirklich auszufüllen, Währung, Wirtschaft und sozialen Ausgleich Schritt für Schritt auf einen Nenner zu bringen, dann die für Frieden, Sicherheit und Wohlstand unabdingbare Osterweiterung in Erwartungen, Bewusstsein und Mentalitäten der europäischen Völker zu verankern und schließlich den Nachbarn in Russland, dem Nahen und Mittleren Osten und dem Mittelmeerraum eine konkrete Kooperationsperspektive zu eröffnen. Je klarer die konzentrische Gliederung der Ansprüche und Angebote der Europäischen Union, je flexibler sie aber auch auf die gesellschaftliche Entwicklung in ihren Nachbarzivilisationen reagiert, umso berechenbarer, attraktiver und maßgeblicher wird Europa für die Welt. Allein dadurch wird auf der anderen Seite auch ein föderatives und soziales Kerneuropa möglich, das hohe Produktivität und breite Qualifikation mit gerechter Verteilung und ziviler Lebensqualität exemplarisch verbindet und zum Treibriemen weiterer Europäisierung und Globalisierung wird.





Das mittlere Europa der erweiterten Europäischen Union, das in diesem Jahrzehnt Gestalt annimmt, wird eine weniger feste Sozialintegration aufweisen, die europäischen Kompetenzen bündeln und konzentrieren müssen, europäischer Regierung und Parlament originäre Rechte einräumen, aber auch deren Grenzen aufzeigen. Umso mehr kommt es darauf an, dass das innere Europa ein attraktives Gesellschaftsmodell entwickelt, das Gleichheit und Produktivität, Mobilität und soziale Stabilität, Leistung und Würde vermittelt.

Zu lange hat die sozialdemokratische Tradition in Europa zwischen ihrer nationalen und sozialstaatlichen Bindung auf der einen und ihrer internationalistischen Orientierung auf der anderen Seite geschwankt, sodass heute entschiedene europäische Gesinnung wie Bereitschaft, zwischen europäischen Geschwindigkeiten zu unterscheiden, zum Kern sozialdemokratischer Weltanschauung gehören. Auch hier muss Europa in Bewegung bleiben, zwischen föderativem und sozialem Kerneuropa, Rechts- und Währungsgemeinschaft und kooperativem Raum Wechsel und Austausch im Mittelpunkt stehen. Diese Beweglichkeit wird Europa für die Welt interessant machen, so wie der amerikanische Way of Life heute mit seiner Beweglichkeit für die Welt interessant ist. Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union sind so keine mechanischen Ein- und Anschlüsse, sondern Gewinne an Vitalität und Gemeinsinn, der historisch gewissermaßen nach Europa zurückkehrt. Sich nicht als träge Lehr-, sondern als aktive Lernzivilisation zu begreifen, in Europa etwas vorzuführen, was andere interessieren mag und ein Angebot für die Welt darstellt, nur ein solcher Blick nach außen wird Europa im Inneren konstituieren. Nicht zuletzt ist es die Erneuerung der Idee der Wirtschaftsdemokratie, die globale liberale Ideen und kommunitäre Selbstbehauptung an allen Ecken und Enden der Welt zu verbinden erlaubt.

Gegenüber der Globalisierung müssen die Europäer allerdings ihre geistigen Traditionen von Humanismus und Aufklärung bis zu christlicher Soziallehre und Marxismus erneuern, einen europäischen Pragmatismus entwickeln, wie die Vereinigten Staaten ihren Pragmatismus und Progressivismus vor fast einem Jahrhundert, um mit multiregionaler und multiethnischer innerer Differenzierung zurechtzukommen. In gewisser Weise wird sich Europa nur durch die amerikanische Erfahrung hindurch finden und erfinden – jedenfalls nicht im abstrakten Gegensatz zu ihr, um so auf die globalen Fragen asiatischer, afrikanischer und amerikanischer Zivilisationen antworten zu können. Weder den alteuropäischen Wertehorizont defensiv verteidigen noch einer ununterscheidbaren globalen Postmoderne sich unterwerfen, dazwischen mag europäische Modernität tatsächlich Verpflichtung und Aufgabe blei-

ben. Diese europäische Zivilisation – im Dialog mit anderen Zivilisationen in einer multipolaren Welt – kann sich nicht mehr auf die Welt von Nationen und Märkten verlassen, die für maßgebliche Eliten in den Vereinigten Staaten und anderen Gesellschaften immer noch das Maß aller Dinge darstellt. Sie will aber auch nicht auf die reiche nationale und soziale Erfahrung verzichten, wie sie in den Institutionen und Gewohnheiten der national- und sozialstaatlichen europäischen Demokratien zur Verfügung steht. Der Weg einer Union Europäischer Staaten, die in ihrer Differenzierung und Einheit die subsidiäre und föderale Weltrepublik exemplarisch vorführen, ist attraktiv für die Welt und erlaubt den Europäern jene Gelassenheit, die für komplexe Demokratien unerlässlich ist. Die europäische institutionelle Innovation, die vielfältige europäische Tradition und ebenso vielfältige globale Modernität mischt, lässt sich am besten beschreiben, wenn man sie als eine Welt zwischen Weltorganisationen, Netzwerken und globalen Öffentlichkeiten auf der einen und alten Gemeindedemokratien, historischen Regionen und nationenübergreifenden ethnokulturellen Beziehungen auf der anderen Seite begreift. Die europäische Zivilisation bedeutet eine Gesellschaft der Individuen, sie bedeutet eine Gemeinschaft der Staaten und sie bedeutet eine gesellschaftliche Dynamik der Öffnung und Schließung gegenüber einer pulsierenden Welt, die ihresgleichen sucht. Die älteren Formeln vom Europa der Vaterländer und vom europäischen Bundesstaat, die die Erfahrung der europäischen Staaten und Gesellschaften eine Etage höher wiederholen wollen, verblassen gegenüber den globalen Optionen und Risiken der europäischen Zivilisation. Neben der Evolution des europäischen Sozialstaats und einer europäischen Elitenkommunikation, die die massendemokratischen Möglichkeiten einer informierten Gesellschaft tatsächlich nutzt, ist die institutionelle Differenzierung in Europa zwischen Gemeinden und Regionen, Staaten und Union das größte soziale, ökonomische und kulturelle Kapital, das die Europäer als Erfahrung und Angebot bereitstellen können. Sozialdemokraten sind im nationalen Wohlfahrtsstaat aufgewachsen, ihre Reife werden sie erst in einer europäischen Zivilisation erfahren, vor dem Horizont einer föderalen und subsidiären Weltrepublik.

## 4. Das Projekt Wirtschaftsdemokratie

Wirtschaftsdemokratie ist die zentrale Herausforderung des vor uns liegenden Jahrhunderts. Sie reicht von der demokratischen Kontrolle der Wirtschaft bis zur Gewährleistung wirtschaftlicher Freiheit auch gegenüber politischer Macht. In europäischen und globalen verfassungsbildenden Prozessen muss die Idee der Wirtschaftsdemokratie erneuert, weiter entwickelt und zugleich inhaltlich ausformuliert werden.

Das Godesberger Programm enthält zur Wirtschaftspolitik eine Kurzformel, die seinerzeit als sensationell bewertet wurde: „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!". Der strategische Vorrang von Sozialisierung zumindest der Schlüsselindustrien, wie er noch das Gründungsprogramm des DGB von 1949 charakterisiert hatte und wie er im Übrigen programmatisch von den meisten sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien verfochten wurde, war damit in der Tat beseitigt. An seine Stelle trat jetzt die ordnungspolitische Parteiname für die „soziale Marktwirtschaft". Aber damit nicht genug. Die unscheinbar klingende Formulierung „so viel (marktwirtschaftlich bestimmten) Wettbewerb wie möglich", (nur) so viel (staatlich gestaltete) „Planung wie nötig" rückte nicht mehr einzelne Instrumente, wie Markt, Planung usw., sondern deren Relation in den Vordergrund. Das Verhältnis ihrer Mischung – ein Schlag ins Gesicht aller ökonomischen Prinzipienreiterei! – hatte fortan den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit zu entsprechen, den Sozialismus als eine „dauernde Aufgabe" anzustreben (Nemitz 1960 und 2000).





Aus dem Abstand von reichlich einer Generation betrachtet ist der Godesberger Formel ein hohes Maß an konzeptioneller Orientierungskraft zu bescheinigen. Mit ihr wurden die historischen Weichenstellungen der Nachkriegszeit anerkannt, sodass Raum für Zukunft geschaffen wurde. In Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung bildete sie den Bezugspunkt für eine Reihe wichtiger wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Reformvorhaben. Karl Schillers Politik der Globalsteuerung und das sog. Stabilitätsgesetz der Bonner Großen Koalition sind hier ebenso zu erwähnen wie die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 und das Mitbestimmungsgesetz von 1976. Aber auch Programme zum Ausbau des Sozialstaats, zur Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungswesen oder zur Umverteilung mit Hilfe der Steuerpolitik fanden hier ihre programmatische Basis. Da sie die besondere Funktion von Gemeinwirtschaft und öffentlichen Unternehmen nicht leugnete, sondern nur unter Begründungszwang stellte, erwies sich die Formel schließlich sogar als flexibel genug, um die Rahmenvorgabe für Perspektivdiskussionen der Wirtschaftsordnung wie jene zur Investitionslenkung in den siebziger Jahren abzugeben.

Das Berliner Programm stellt sich so bewusst in die Godesberger Tradition, dass es dessen Formel wortwörtlich übernimmt. Unter Anknüpfung an die Begriffsbildung von Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali in den zwanziger Jahren versucht es zudem, die Teilbereiche „Demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung", „Markt und Lenkung" und „Mitbestimmung" im Konzept der Wirtschaftsdemokratie zusammenzufassen. Im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft wird gelegentlich bereits vom Ziel der „europäischen Wirtschaftsdemokratie" gesprochen, aber die wirtschaftsdemokratische Rolle der Europäischen Union gegenüber den dynamischen Widersprüchen von Globalisierung, Informatisierung und Individualisierung wird noch nicht erfasst. So erscheinen gerade diese Abschnitte ein Jahrzehnt danach besonders wirklichkeitsfern.

Denn allzu deutlich belegt der Augenschein, dass im heraufziehenden informationsindustriellen Kapitalismus aus eigenen Stücken weniger denn je vom Primat der Politik gesprochen wird. Zwar sind mit Globalisierung Wohlfahrtsgewinne, Zugang für breitere Schichten zur Weltkultur und Partizipationschancen für Non-government- und Non-profit-Organisationen möglich. Tatsache ist aber auch, dass die Kluft zwischen Arm und Reich selbst in den wohlhabendsten Ländern wächst, nicht zu reden von den anderen. Neue Klassenspaltungen wie jene zwischen Wissensarbeitern oder „Symbolanalytikern" (Robert Reich) und traditionellen Berufen überlagern und verschärfen die alten. Ökologische Umsteuerung wird, wenn überhaupt noch propagiert, Mal für Mal hintangestellt. Welten scheinen uns von Zuständen zu trennen, in denen „gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung" haben (Berliner Programm).

Da niemand sich mit ohnmächtiger Fundamentalopposition begnügen kann und darf, bleibt nur ein Ausweg. Es gilt, die Grundidee demokratisch legitimierten Wirtschaftens auf allen Ebenen zum Tragen zu bringen: auf der Ebene der Weltwirtschaft und globaler Institutionen, auf der kontinentalen und regionalen wie auf der lokalen und städtischen. Insoweit muss

auch das Projekt der Wirtschaftsdemokratie stärker globalisiert, regionalisiert und lokalisiert werden. Mit gleicher Sorgfalt sind dann die strategischen Ansätze seiner Verwirklichung und die gesellschaftlichen Akteure, Verbündeten und Konstellationen zu bestimmen, auf die hierfür zu setzen ist.

Anstelle der Godesberger Formulierung schlagen wir den Ausdruck „Wettbewerb so weit wie möglich – Regulierung so weit wie nötig" vor. Niemand denkt unter den heutigen Verhältnissen mehr an so etwas wie eine nationale, europäische oder gar „Welt-Planungsbehörde". Wohl aber benötigen die Weltwirtschaft und erst recht die künftige „subsidiäre und föderale Weltrepublik" verbindliche Vorgaben von solcher Härte, dass selbst Global Player oder auch die mächtigsten Einzelstaaten sie implantieren (müssen) – so weit wie nötig eben, um die (bislang mehr denn je vermachtete) Wettbewerbsökonomie in einen Motor sozialer Gerechtigkeit umzusteuern und dabei die Grenzen der Nachhaltigkeit zu respektieren. Zugleich müssen die vitalen Kräfte der lokalen und regionalen Ökonomie freigesetzt werden, die Fähigkeit der Städte und Gemeinden, historischer und sich erfindender Regionen, ihr arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Schicksal stärker in die eigenen Hände zu nehmen.

Außer Frage steht auch, dass der EU als einer der reichsten Großregionen der Welt entscheidende Schrittmacherdienste auf diesem Weg abzuverlangen sind. Ihr Feld reicht vom Wettbewerbs- und Kartellrecht bis zur Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme, von der Installierung einer unabhängigen Zentralbank bis hin zu wirksamer politischer Regulierungskompetenz, wie sie beispielsweise im französischen Konzept der Wirtschaftsregierung ihren Ausdruck findet. Denn es ist klar, dass ohne ein solches Gegengewicht gesellschaftlicher Kontrolle auf makroökonomischer Ebene die Zielsetzung Wirtschaftsdemokratie ihren programmatischen Sinn verlöre. Wirtschaftsdemokratie verwirklicht sich nicht nur im Gleichgewicht zwischen mobilen Märkten und gesellschaftlicher Selbstbestimmung, zwischen Ermutigung zu selbstständigem wirtschaftlichen Handeln und gesellschaftlicher Regulation. Europa erfindet sich auch, wenn es die Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen den lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Niveaus klarmacht, institutionellen Wettbewerb erlaubt, aber auch dessen Regeln festlegt und die politischen Ziele verbindlich vorgibt.

Der Ausdruck „Regulierung" anstelle von „Planung" hat noch einen weiteren Vorzug. Er passt auch im Innenverhältnis der Wirtschaft. Seit jeher spielte die Beteiligung der Betroffenen, das Prinzip Mitbestimmung in der deutschen Tradition, eine bedeutende Rolle für wirtschaftsdemokratische Vorstellungen. Alle diese Teilhabe-, Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte vom einzelnen Arbeitnehmer bis zu den Belegschaften großer Konzerne brauchen verbindliche, konfliktfeste Regulierungen, wenn sie ihre Funktion als Wettbewerbsschranke erfüllen sollen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass diese Rechte ihrerseits der industriellen Entwicklung folgend einem tief greifenden Formwandel unterliegen.

So ist gerade für den deutschen Fall gezeigt worden, der besonders stark von der Institutionalisierung solcher Rechte geprägt wird, wie sich hier in den neunziger Jahren die Tendenz zur „Verbetrieblichung" und damit zum Zusammenwachsen von Tarifautonomie und Mitbestimmungsrechten auf Betriebs-, Unternehmens- und Konzernebene durchgesetzt hat (Mitbestimmungskommission). Das relativiert nicht nur den hierzulande gewohnten Dualismus zwischen konsensgebundener betrieblicher und konfliktbereiter gewerkschaftlicher





Interessenvertretung. Es kann in europäischer Perspektive auch dazu führen, endlich den gemeinsamen Kern des Partizipationsgedankens EU-weit herauszustellen und nicht zuletzt für die Stärkung der Eurobetriebsräte wie der Beteiligungsrechte an der europäischen Unternehmensverfassung zu nutzen (Nutzinger).

Allerdings kann dies alles im einsetzenden digitalen Kapitalismus nicht genügen. Die flächendeckende Flexibilisierung unternehmerischer Organisationsformen ist über weite Strecken mit einer gründlichen Neudefinition sämtlicher betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretungsrechte zu beantworten (Benz-Overhage, Klebe). Wechsel und Mobilität werden immer mehr zur Konstante der Berufsbiographien. Sogar der Übergang vom Arbeitnehmer- zum Unternehmerstatus kann in der einen oder anderen Richtung mehrfach geschehen. So wie sich Bildungs- und Sozialsysteme darauf einzustellen haben, müssen auch Teilhabe, Beteiligung und Mitbestimmung mobil sein. Die Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen, die schon das Berliner Programm zu den Elementen der Wirtschaftsdemokratie rechnet, muss sich auf Statuswechsel und flexible Berufbiographien einstellen, aber auch ihnen gegenüber Sicherheiten aufbauen. Selbst die Organisationsprinzipien der Gewerkschaften sind für diese veränderte Situation zu überprüfen (wofür es übrigens in den romanischen Ländern manche Vorbilder gibt).

Schließlich griffe jedes Konzept von Wirtschaftsdemokratie zu kurz, wenn es sich nicht mit der einschneidend veränderten Trennungslinie von privatem und öffentlichem Bereich auseinander setzte. Dabei geht es nur am Rande um vertikale Kompetenzverlagerungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, sondern primär um die gerade im zurückliegenden Jahrzehnt auf breiter Front erfolgte Verschiebung der horizontalen Zuständigkeitsbereiche zwischen Staat und Gesellschaft/Wirtschaft. Die unionsweit in Gang gesetzte Privatisierung und Deregulierung von Bahn, Post und Telekommunikation, von Energiewirtschaft und großen Teilen der kommunalen Versorgungsbetriebe bildet davon nur die eine Seite. Ihr Gegenstück liegt in der auf allen Ebenen anzutreffenden Strategie der Ausgründung ganzer Teilbereiche der öffentlichen Verwaltung und einer Rückführung direkter staatlicher Verantwortung auf hoheitliche Aufgaben. Begleitet wird das regelmäßig von der Installierung neuer Steuerungs- und Controllinginstrumente, deren Bewährungsprobe und Vorgabefähigkeit jedoch bislang kaum erwiesen ist. Wirtschaftsdemokratie bedeutet unter solchen Verhältnissen, dass es gelingt, Arbeitsfeld für Arbeitsfeld öffentlicher Regulierungskompetenz zu benennen, wirksame handhabbare Instrumente zu entwickeln und zur Aushandlung fähige und verantwortliche Mitarbeiter zu gewinnen.

Über jeden einzelnen der erörterten Aspekte hinausweisend bleibt jedoch die Frage, ob die Summe aller hier skizzierten Maßnahmen ausreicht, die Gebrechen kapitalistischer Ökonomie künftig so weit einzudämmen, dass sozialer Ausgleich, Chancengleichheit und Umweltrücksicht zu allgemein akzeptierten und dann auch eingelösten Zielsetzungen werden. Betrachtet man den heutigen Zustand der Welt, ist natürlich schon viel gewonnen, wenn zumindest die krassen Auswüchse unkontrollierter Profitwirtschaft beseitigt werden. Aber Vorsicht: Allen bisherigen Eingrenzungsversuchen glückte immer nur eine Zähmung auf Zeit, zu Lasten Dritter oder externer „Gratisgaben" der Natur. Beides ist für das hier verfolgte Projekt Wirtschaftsdemokratie im europäischen und globalen Maßstab kein Ausweg. Die Maxime „So viel Wettbewerb wie möglich, so viel Regulierung wie nötig" wird sich ihrer Intention

nach darum bemühen, einen Entwicklungskorridor minimaler Außeneingriffe herauszufinden. Die Geschichte lehrt sie jedoch, niemals auszuschließen, dass tiefer gehende, nach bisherigem Verständnis systemverändernde Interventionen nötig werden können.

## 5. Das Projekt Europäische Sozialdemokratie

Im Frühjahr 2000, auf dem Höhepunkt der von Helmut Kohl herbeigeführten Finanz- und Glaubwürdigkeitskrise seiner Partei, startete die SPD eine Kampagne, zu der ihr Generalsekretär Franz Müntefering den Anstoß gegeben hatte: „Demokratie braucht Partei". Natürlich spielte dabei das Interesse mit, die Krise oder gar das Auseinanderbrechen der anderen Volkspartei nicht auf die eigene übergreifen zu lassen. Aber bewusst implizierte der Slogan auch, dass Rolle und Aufgabe der anderen Partei, ihrer derzeitigen Krise zum Trotz, nicht weniger bedeutsam wären als die eigene. Und heraus kam eine Aussage, die nicht nur werbetauglich dem modischen Trend zur Parteienverdrossenheit die Stirn bot. Wir können sie auch getrost als eine spezifische europäische Mitgift für künftige weltrepublikanische Verhältnisse bezeichnen. Nur wird man gleich hinzufügen müssen, dass in solchem Parteiverständnis mehr als lediglich die organisatorische Form gemeint ist. Unverzichtbar gehören dazu ebenfalls die statutengesicherte und praktizierte Willensbildung von unten nach oben sowie Transparenz und Integrität der Finanzierung.

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas, von der Zweiten Internationalen bis zur heutigen SI und SPE, können sich gleich aus mehreren Gründen darauf berufen, unentbehrlicher Teil der hiesigen Demokratie zu sein. Keine andere politische Kraft kann vergleichbare Verdienste an der Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, nicht zuletzt beider Geschlechter, für sich geltend machen. Niemand kann Mut und Entschlossenheit ihrer Mitglieder im Kampf gegen rechtsradikale Diktatur und Parteigänger bestreiten. Außer Frage steht schließlich ihr Durchhaltevermögen, für soziale Gerechtigkeit nur mit demokratischen Mitteln zu streiten und an diesem Prinzip auch gegenüber kommunistischen Parteien und Regimen festzuhalten. Was belegte die Anziehungskraft ihrer Idee besser als der Umstand, dass sich inzwischen ein guter Teil der früheren Staatsparteien Mittel- und Osteuropas zur Sozialdemokratie bekennt, ja, dass sich die Aufhebung des Blockgegensatzes nicht zuletzt inneren Wandlungsprozessen dieser Parteien in sozialdemokratischer Richtung verdankt? Gleichwohl aber steht die Gesamtheit der sozialdemokratischen Parteienfamilie des Kontinents zu Beginn des neuen Jahrhunderts vor Herausforderungen, die jene der Vergangenheit womöglich noch übersteigen.

Das beginnt mit radikalen organisatorischen Umstellungen im eigenen Haus. Schnell ist das Label gefunden, dem sich niemand wird entziehen können – auch wenn die Umsetzung erst in den Kinderschuhen steckt und ihre Konsequenzen noch nicht entfernt verarbeitet sind: „Digitale Partei". Angesichts der Altersstruktur unter den Mitgliedern, nicht nur der deutschen Sozialdemokraten, braucht es schon seine Zeit, einige tausend Ortsvereine, ehren- und hauptamtliche Mandatsträger bis hin zur Parteispitze mit Inter- und Intranet zu verknüpfen und nach innen wie außen kommunikationsfähig zu machen. Dabei ist offenkundig, dass so erst die Grundlagen für eine ganz neue Dimension innerparteilicher Demokratie, aber auch der gesellschaftlichen Inanspruchnahme von Parteien entstehen. Das mag unbequeme Mühen der Partizipation, des Überzeugenmüssens einer Mitgliedschaft gegenüber mit





sich bringen, die sich viel schneller und effizienter als bisher zu artikulieren lernt. Wo jedoch im Zeichen der Globalisierung überall Grenzen von Zeit und Raum eingerissen werden, kann Politik den eigenen Entscheidungsprozess nicht im Stil von Vereinszirkeln des 19. Jahrhunderts abwickeln, ohne die Organisationsform Partei als solche zu unterminieren.

Als hätte man damit noch nicht genug zu tun, werden die Parteien, nicht nur der Linken, aber von diesen aufgrund ihrer Organisationsgeschichte als besonders schwerwiegend empfunden, mit einer weiteren Umwälzung aller bisherigen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Je mehr Eigenständigkeit und Kompetenzgewicht die europäische Unionsebene gegenüber den Mitgliedstaaten gewinnt, desto bedeutsamer wird die Alternative: Entweder man begnügt sich mit dem Status einer Partikularpartei oder man öffnet sich der Terra incognita einer wirklich europäischen Sozialdemokratie, deren Mitgliedsbuch keine andere Bedingung kennt als die Unionsbürgerschaft und das Bekenntnis zu einem künftig gemeinsam erarbeiteten Parteiprogramm. Wenn vor dem Hintergrund ihrer Parteigeschichte zumindest für die kontinentalen Sozialdemokratien klar ist, dass eher morgen als übermorgen nur die zweite Alternative in Betracht kommt, dann ist doch unbestritten, dass gerade in Fragen der Organisationspolitik nichts ohne Übergänge, Etappen und Zwischenlösungen geschieht. Dazu sollte die Einführung einer ergänzenden (Doppel-)Mitgliedschaft in der SPE (neben der fortbestehenden in den nationalen Parteien) ebenso gehören wie die schrittweise Europäisierung ihrer Leitungsorgane und die Aufstellung gemeinsamer, national gemischter Kandidatenlisten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Alle diese Schritte blieben jedoch äußerlich, würden sie nicht in einen breiteren, inhaltlich fundierten Selbstverständniswechsel eingebettet. Dabei liegt auf der Hand, dass solcher Wandel nicht von oben anzuordnen ist, sondern nur aus dem Inneren der beteiligten Parteien in Gang gesetzt werden kann. Prüfstein und Bewährungsfeld zugleich wird zunächst einmal die Europapolitik in all ihren Dimensionen bilden. Sie reichen von der Ausarbeitung europäischer Wahlprogramme bis zu den Grundfragen nach der „Finalität" des europäischen Integrationsprozesses, vom Projekt der Unionsverfassung über die Einbeziehung der Sozialdemokraten in den Beitrittsländern bis zur internationalen Politik der EU. Verbindende Matrix ist jeweils das sozialdemokratische Profil europäischer Globalisierung. Auf dem Weg zu gemeinsamer Parteiidentität europäischer Sozialdemokraten wird man somit nicht ohne einen tiefer gehenden Verständigungsprozess über Ziele, Grundwerte und strategische Schlüsselprojekte wie das Ringen um Wirtschaftsdemokratie vorankommen.

Niemand muss deshalb das Erbe seiner Partei verleugnen, weder die Traditionen, auf die man stolz ist, noch die Lektionen, die einem Niederlagen beibrachten. Wo aber Durchsetzungskraft europäischer Reichweite entstehen soll, müssen die Eckpunkte gesellschaftlicher Zukunftspolitik verbindlich aufeinander abgestimmt werden. Dazu zählen der Umgang mit alten und neuen Verbündeten nicht anders als die Überbrückung althergebrachter Differenzen und das Beantworten neuer Herausforderungen. Seit jeher gibt es enge Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung. Bis heute belegen das ungezählte Parallelmitgliedschaften. Längst hat jede Seite die Unabhängigkeit der anderen verstanden. Gleichwohl begünstigen Fortschritte der einen im Europäisierungsprozess auch die Sache der anderen. Für den Gewerkschaftsbereich sei hier nur auf die Überwindung von nationalen Richtungsgewerkschaften oder die Verständigung über Grundprinzipien von Tarifpolitik und betrieblicher Interessenvertretung verwiesen.

Soziale Frage und Ökologie im Konzept nachhaltigen Wirtschaftens zu verbinden, bezeichnet für alle Parteien der SPE einen noch jungen, erst ansatzweise in die Tat umgesetzten Lernprozess. Immerhin hat sich bei ihnen wie spiegelbildlich in der Umweltbewegung, unter Einschluss ihrer politischen Akteure, verhältnismäßig schnell der Gedanke Bahn gebrochen, dass man sich näher steht als anderen Parteien. Das Projekt Europäische Sozialdemokratie verbessert hier die Chance, auch unabhängig von wechselnden nationalen Regierungskonstellationen zu einem langfristigen strategischen Bündnis zu gelangen. Ähnliches könnte für den größten Teil der anderen Nicht-Regierungsorganisationen und die mit ihnen verbundene Öffentlichkeit gelten. Schließlich haben sich die meisten der beteiligten Parteien, oft allerdings erst im Zuge einer langwierigen Selbstfindung, von Arbeiterparteien zu Volksparteien entwickelt. Da liegt es nahe, den neuen Schichten von Wissensproduzenten und Unternehmensgründern der Gegenwart besonders aufgeschlossen zu begegnen. Eine zusammenwachsende Parteiformation europäischer Sozialdemokraten könnte in diesem Bereich ebenfalls Umwege vermeiden und Gemeinsamkeiten schneller zum Durchbruch verhelfen, ohne den Rückhalt ihrer sozialen Herkunft preiszugeben.

Vergleicht man die heutige Situation der beteiligten Parteien mit Umfang und Gewicht der Aufgaben, die vor ihnen liegen, zerstieben Illusionen über hier und jetzt erreichbare Sofortlösungen. Wenn jedoch Wege zurück oder das Verharren im Status quo nicht erlaubt sind, will man die Zukunft nicht verspielen, ist gerade von den größeren Parteien das Wagnis neuer Richtungsangabe verlangt. Das künftige Grundsatzprogramm der SPD wird sich dieser Erwartung stellen müssen.





# Literatur


Ackerman, Bruce (1993) Ein neuer Anfang für Europa. Nach dem utopischen Zeitalter. Berlin

Albers, Detlev (1999) Sozialdemokratie und der Handlungsraum Europa. Über Not und Notwendigkeit der neuen Programmdebatte. In: Frankfurter Rundschau vom 29.11.1999

Benz-Overhage, Karin und Klebe, Thomas (2000) Was ist eigentlich künftig ein Betrieb? In: Frankfurter Rundschau vom 17.7.2000

Dowe, Dieter und Klotzbach, Kurt (Hg.) (1984) Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin

Höffe, Otfried (1999) Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München

Keil, Gert (2000) Das Dritte Element, aus: Die Welt im 21. Jahrhundert. In: Der Spiegel Nr. 40/2000

Koch, Claus (1997) Das Ende des Selbstbetrugs. Europa braucht eine Verfassung. München

Menzel, Ulrich (1998) Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt/M.

Mitbestimmungskommission Bertelsmann Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung (1998) Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bilanz und Perspektiven, Gütersloh

Nemitz, Kurt (1960) Sozialistische Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M.

Ders. (2000) Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung, Hannover

Nutzinger, Hans G. (Hg.) (1999) Perspektiven der Mitbestimmung. Historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund, Marburg

Reich, Robert B. (1993) Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt

| | |
|---|---|
| Sassen, Saskia (1998) | Losing Control? Souvereignity in an Age of Globalization, New York |
| Schwengel, Hermann (1999) | Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft, Berlin |
| Seitz, Konrad (1998) | Wettlauf im 21. Jahrhundert. Die Zukunft Europas zwischen Amerika und Asien, Berlin |
| Sennett, Richard (1998) | Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin |
| Soros, George (2000) | Schafft die globale Zentralbank. Gastkommentar in: Die Welt vom 13.7.2000 |
| SPD (1990) | Grundsatzprogramm, Berlin |
| Vogel, Hans-Jochen (2000) | Millenniumsgedanken |






# Die Autoren

## Wolfgang Thierse

Jahrgang 1943, Literatur- und Kulturwissenschaftler, Stellvertretender Parteivorsitzender der SPD seit 1990, Abgeordneter des Deutschen Bundestages seit 1990, Vorsitzender der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand seit 1991, Vorsitzender des Kulturforums der SPD, Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Wahl zum Bundestagspräsidenten am 26.10.1998.

## Detlev Albers

Jahrgang 1943, Prof. Dr., Professor im Studiengang Politikwissenschaft an der Universität Bremen seit 1979, Mitglied der SPD seit 1966, Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD seit 1990, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen seit 1995, Mitglied der Medienkommission und der Europakommission beim Parteivorstand der SPD seit 1996.

## Hermann Schwengel

Jahrgang 1949, Prof. Dr. Direktor des Instituts für Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Mitherausgeber der Zeitschriften „Ästhetik & Kommunikation" und „Theory, Culture and Society", im Beratergremium der „Sozialen Welt". Veröffentlichungen zum Modernisierungsfeld der Vereinigten Staaten, (u.a. „Der kleine Leviathan, 1988), zur Soziologie der Politik und Kulturtheorie (u.a. „Wer inszeniert das Leben" Hrsg. mit Fritjof Hager 1996) und publizistische Beiträge zu europäischen Fragen, Berater der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD seit 2000.

# KOMMISSION GRUNDWERTE

| | |
|---|---|
| **Vorsitzender:** | Wolfgang Thierse, MdB |
| **Mitglieder:** | Prof. Dr. Thomas Meyer |
| | Prof. Dr. Barbara Riedmüller |
| | Prof. Dr. Detlev Albers |
| | Dr. Gabriele Andretta |
| | Prof. Dr. Ingomar Hauchler |
| | Prof. Dr. Birgit Mahnkopf |
| | Prof. Dr. Wolfgang Merkel |
| | Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin |
| | Prof. Dr. Richard Schröder |
| | Prof. Dr. Gesine Schwan |
| | Barbara Stolterfoth, MdL |
| | Prof. Dr. Johano Strasser |
| | Elisabeth Vogelheim |
| | Prof. Dr. Rosemarie Will |
| **Korrespondierende Mitglieder:** | Christel Hanewinckel MdB |
| | Michael Müller, MdB |
| | Dr. Edelbert Richter, MdB |
| | Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB |
| | Prof. Dr. Ernst U. von Weizsäcker, MdB |
| **Berater/innen:** | Dr. Erhard Eppler |
| | Prof. Dr. Iring Fetscher |
| | Matthias Greffrath |
| | Prof. Dr. Hermann Schwengel |
| | Dr. Hans-Jochen Vogel |
| **Sekretär:** | Dr. Hans Misselwitz |

**Impressum:**
**Herausgeber: Grundwertekommission**
**beim Parteivorstand der SPD**
Redaktion: Dr. Hans Misselwitz
Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Gesamtherstellung: Köllen Druck+Verlag GmbH, Bonn – Berlin
12-00-A1-4 Bestell-Nr.: 3000164